Rundfunk für alle - die überfällige Aufgabe

Professor Dr. Harry Pross, geboren 1923 in Karlsruhe/Baden, studierte Soziologie, Psychologie und Politik an den Universitäten Heidelberg, Stanford und Columbia-University. Er arbeitete als freier Journalist, Redakteur und Chefredakteur von Radio Bremen. Seit 1968 ist er Professor für Publizistik an der Freien Universität Berlin.

Ein Kind der elektrischen Industrie

In seinem Buch „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert" schrieb der Nationalökonom Werner Sombart im Jahre 1903, durch die „Wucht ihres Vordringens und die Eigentümlichkeit ihrer Organisation" scheine die elektrische Industrie „ein neues Zeitalter des Kapitalismus" einzuleiten. Wenn wir 75 Jahre nach Sombarts Prognose vom Rundfunk sprechen, erscheint es nützlich, zuerst daran zu erinnern, daß er ein Kind der elektrischen Industrie ist. Die gesellschaftlichen Beziehungen, die der Rundfunk vermittelt, finden in einem fortgeschrittenen Stadium der Elektrifizierung statt.

Was Kohle und Stahl für die Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts waren, ist für unsere Zeit die Elektrifizierung. Die Elektrizitätsgesellschaften sind die oft genug anonymen und unkontrollierbaren Großmächte, von denen jeder einzelne abhängt, auch wenn er sich seine Zähne nicht elektrisch putzt und nicht, wie die Setzer, von der elektrisch betriebenen Setzmaschine an den elektronischen Terminal versetzt wird. Welche enormen Probleme die fortschreitende Elektrifizierung in politischer Hinsicht aufwirft, begreift die Öffentlichkeit erst allmählich, nachdem sie sich jahrzehntelang mit den Wohltaten immer neuer Erfindungen der elektrischen Industrie, Haushalts- und Handwerksmaschinen, aber auch mit immer größeren Kraftwerken, immer gewaltigeren Verteilungsnetzen (in denselben Händen) eingerichtet hat. Selten hat ein delegierter politischer Wille diese Neuerungen in Auftrag gegeben. Selten sind sie demokratisch kontrolliert. Wir verdanken ihre Verbreitung der Ingenieurslogik, daß Machbares immer neues Machbare hervorzaubert, und den Bedingungen der Vermarktbarkeit.

Die Konflikte, die in den letzten Jahren zwischen zeltenden Umweltschützern auf grüner Flur und Politikern in ihren klimatisierten Büros ausgetragen wurden, verdeutlichen die politische Hilflosigkeit aller Seiten. Denn es ist nicht nur Kapital in die Elektrifizierung geflossen, sondern vor allem Arbeit in sie eingegangen. Arbeit der ersten Tüftler, wie der Millionen in den Herstellungszentren und der Abermil-

lionen, die mit Verteilung und Service beschäftigt sind. Arbeit an der Elektrifizierung tendiert überdies dahin, die sonstige Arbeit zu erleichtern, sie zu verringern und zu automatisieren. Wahrscheinlich haben die hundert Jahre der Elektrifizierung mehr zur Abschaffung der Arbeit beigetragen als die Jahrtausende zuvor.

Elektrifizierung — eine soziale Bewegung

Die Elektrifizierung als eine wirtschaftlich-technische Bewegung betrachtet, stärkte verständlicherweise auch die politische Macht. Vor 70 Jahren, 1908, nahm das Deutsche Reich durch eine Novelle zum Telegraphengesetz, das „Funkwellengesetz", die Funkwellen in seine Obhut. Das geschah fünf Jahre nach der Gründung der Firma „Telefunken" durch AEG und Siemens und zwei Jahre nach dem Internationalen Funktelegraphenvertrag, der die Funkinteressen der Großmächte abgrenzte.

Seitdem haben wir im deutschen Funkwesen zwei Großmächte, die in ständigem Kontakt miteinander das Tempo der Entwicklung bestimmen: die Privatindustrie und die staatliche Post. Diese wirtschaftlich-politische Koalition hat sich durch die Jahrzehnte gehalten. Ihr letztes veröffentlichtes Abstimmungsergebnis liegt im Bericht der „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" (KtK) vor. Er empfahl 1976, die elektronische Infrastruktur zu verbessern. In den Interessenverbund von elektrischer Industrie und Post sind eingebettet die privaten und öffentlichen und privat-öffentlichen Forschungsinstitutionen und -personen, die als Erfinder und Gutachter für Erfindungen tätig werden, die akademischen Schleusenwärter des Innovationskapitals.

Um zu verdeutlichen, daß die Elektrifizierung kein Schicksal, sondern eine soziale Bewegung ist, nenne ich die hier letzthin maßgebende Kleingruppe aus Vertretern von Behörde, Industrie und Wissenschaft, „das Elektro-Establishment". Dieser ehrwürdige Verein hat dann auch die Entwicklung des Rundfunks bis auf den heutigen Tag vorherbestimmt. Was Rundfunk ist und sein kann, entscheidet zuerst die Technik, die von der Industrie geliefert und von der Post genehmigt werden muß.

In den ersten Jahrzehnten des Rundfunks hat denn auch niemand die Vorherrschaft des Elektro-Establishments bestritten. Im politischen Kräftespiel hatten die Mitarbeiter des Rundfunks keine gewichtige Stimme und die Teilnehmer erst recht nicht. Rundfunkpolitische Dilettanten, wie der Dichter Bert Brecht, nicht die Fachleute des Establishments, dachten darüber nach, wie man den Verteilungsapparat des Rundfunks zu einem Mittel der Gegenseitigkeit machen könne. Hörerumfragen begann der Österreichische Rundfunk im Interesse der Werbung. Aus dem amerikanischen Pendant hierzu entwickelte sich die Umfrageforschung, wie sie bis heute betrieben wird im kommerziellen und politischen Interesse. Aber nicht die Ergebnisse dieser Forschung, noch das Interesse an den Rezipienten machten den Rundfunk zum ersten Medium. Seine technischen Vorzüge, die Botschaften weniger an

die Massen durch den Äther verteilen zu können, zieht überall Kleingruppen an, die sich an die Massen wenden wollen. So ist der Rundfunk fast überall in der Welt entweder Reklameinstrument privater Wirtschaftsinteressen oder Propagandainstrument des Staates oder eine Mischung von beiden Interessen.

Die Abrüstung des deutschen Rundfunks nach 1945

In Deutschland (West) sollte es nach dem 2. Weltkrieg anders werden. Der Propagandawirkung des Reichsrundfunks auf die Alliierten verdanken wir deren Entschluß, die Rundfunkorganisation in die Abrüstung mit einzubeziehen. Machtminderung des Rundfunks war die Absicht, als die ersten Rundfunkgesetze dem Medium eine zugleich staatsferne und wirtschaftsfreie Organisation der Selbstverwaltung verpaßten, die *öffentlich-rechtliche Anstalt.* Einzelheiten dieser Gründungen sind widersprüchlich. So kommen die Rundfunkverfassungen der amerikanischen Zone dem damaligen Modell der BBC in England näher als die Nachfolgesender des NWDR der britischen Besatzungszone, in deren Gesetze sich schon der deutsche Parteiengeist eingeschlichen hat. Die Selbstverwaltung des Rundfunks als Garantie gegen übermächtige Propaganda- und Reklameinteressen erfolgte im Rahmen der föderalistischen Struktur Deutschlands. Sie mußte wieder hervortreten, als 1945 der irre Versuch abgeschlagen war, den imperialen Anspruch des Deutschen Reiches zu restaurieren und die Uhren Europas um 1000 Jahre zurückzustellen.

Das Entscheidende an der Selbstverwaltung des Rundfunks ist die damit gegebene relative Autonomie gegen politische und wirtschaftliche Übermächte. Sie sollte in den deutschen Rundfunkanstalten durch die Aufsichtsgremien in ihrer Zusammensetzung und durch die Formulierungen des Programmauftrags gesichert werden. Der Programmauftrag verpflichtet alle Organe der öffentlich-rechtlichen Anstalt, auch die Aufsichtsräte. Die Selbstverwaltung versprach zum ersten Mal eine direkte Bindung des Verteilungsapparates Rundfunk an die Empfänger der Sendungen über die Aufsichtsgremien und die Gebührenzahlung, an welche der Rundfunkempfang gebunden wurde.

Fehlentwicklungen

Nach mehr als dreißigjähriger Praxis ist festzustellen, daß die Entwürfe der Gesetzgeber sich nur in bescheidenem Maße erfüllt haben. Die Sollvorschriften der Gesetze sind weithin auf dem Papier geblieben. Das Sein hat sich von den Vorschriften entfernt. Dafür gibt es innere wie äußere Ursachen.

Zu den inneren Ursachen der Fehlentwicklung zählen zweifellos juristische Vorgaben, die mit den Gesetzestexten gegeben wurden. Erstens ist die Besetzung der Gremien mit Vertretern „gesellschaftlich relevanter Gruppen" dubios, weil schon der Begriff der Relevanz in seinen Merkmalen nicht eindeutig bestimmbar ist. „Relevant" im Sinne des Gesetzes ist, wer vom Gesetzgeber dafür gehalten wird.

So kommt es, daß in jedem Rundfunkgesetz sich die Konventionen niederschlagen, die bei den betreffenden Gesetzgebern über „Relevanz" bestanden haben. Betrachtet man sie genauer, so zeigt sich, daß die Relevanz, was ja schon die Fragwürdigkeit des Begriffs ausmacht, keine gemeinsamen Merkmale hat. Ist *die* Gruppe „relevant", die viele Hörer umfaßt? Das wäre ein eindeutiges Kriterium. Aber in den Gesetzen sehen wir ganz kleine Gruppen, wie die Handelskammern, gleich vertreten wie ganz große, Kirchen und die Gewerkschaften. Die politischen Parteien kommen nicht nur als solche vor, sondern noch einmal in der abgehobenen Form der Staatsämter, die sie besetzen, was ihnen doppeltes Gewicht, aber auch zwei Zungen gibt.

Welche Verbände aber sind „relevant", sieht man von den Mitgliederzahlen ab? Ist die Kultur „relevant" durch so unterschiedliche „Gruppen" wie die Kirchen, die jüdische Gemeinde und den Bühnenverein repräsentierbar? Nicht nur der Relevanzbegriff ist dubios, auch der Gruppenbegriff stimmt nur, wenn man hierarchische Institutionen, Verbände aller Art und Bedeutung, unter ihm zusammenfaßt. Zweifel über Zweifel auch am Gruppenbegriff.

Ungleichheit führt in der Praxis notwendig zum Übergewicht der Politiker aller Schattierungen, die aus den Widersprüchen der Nichtpolitiker ihren Nutzen ziehen. Wo die Politik schon im Rundfunkgesetz ein Übergewicht hatte, zeigt sich heute, daß Minister, Ministerpräsidenten und gleichrangige Funktionäre neben ihren vielen sonstigen Ämtern scheinbar auch noch die Zeit aufbringen, jeden Tag die drei oder vier Stunden fernzusehen oder Radio zu hören, die nötig sind, um die von Gremienmitgliedern zu leistende Programmkritik betreiben zu können. Oder fragt man besser: Wo lassen Sie heute fernsehen? Ich sehe selbst. — Ein glückliches Volk, das über solche Übermenschen der Wahrnehmungsfähigkeit verfügt; aber ein bedauernswertes Aufsichtsverfahren, hinter dem sich Personalmangel in der Politik offenbart: Die „Vorsitzenden müssen ‚alles' selber machen."

Offenbar um fehlende Aufsichtsfähigkeit auszugleichen, haben die Gremien dahin gewirkt, die zu kontrollierenden Positionen mit Parteigängern zu besetzen. Das erleichtert das Verfahren: die Kontrolleure der Kontrolleure kontrollieren die Kontrolleure der Kontrolleure über die Lohntüte. Wer einen parteieigenen Kameramann hat, braucht sich nicht zu sorgen, daß seine Warze ins Bild kommt. Im Endergebnis setzt der Rundfunk geschönte Politik vor, wo er nach seinem Auftrag nur der Wahrheit oder doch auf die deutsche Wirklichkeit verpflichtet ist.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen, daß die Sätze über den jeweiligen Programmauftrag in den Rundfunkverfassungen Gesetzestexte sind. Sie verlangen durchweg vom Mitarbeiter Engagement für die Überparteilichkeit, d. h. Engagement für alle Teilnehmer und gegen Sonderinteressen. Es liegt nicht an den Postulaten, sondern an deren Mißachtung, wenn die Verpflichtungen des Programmauf-

trags nicht mehr durchsetzbar erscheinen. Die Freiheit ist immer ein Soll, auch die Rundfunkfreiheit ist keine Lebensversicherung: aber Rechtsschutz ist bei der Gewerkschaft erhältlich. Wo die Verhältnisse inzwischen so weit korrumpiert sind, daß Gremien gegen den Programmauftrag ihrer Sender verstoßen, sind auch gegen sie Maßnahmen denkbar, die dem Gesetz Nachdruck verleihen.

Der Rechtsstaat ist für alle da, nicht nur für die, die ihn gern im Munde führen, aber ihn gar nicht brauchen, weil sie sowieso die Stärkeren sind. Die Freiheit, die der Programmauftrag verheißt, richtet sich gegen den Uniformitätszwang für Meinungen. Das ist unbequem und ohne ständige Reibereien nicht durchzusetzen. Bequemer ist die Unterwerfung.

Ein weiterer Grund, daß das öffentlich-rechtliche System nicht zum Rundfunk für alle geworden ist, ist die Regelung der Gebührenfrage. Sie wurde entgegen dem Vorsatz, den Rundfunk staatsfrei zu halten, den Länderparlamenten und -regierungen überlassen. Damit setzte sich im Verhältnis Staat - Rundfunk der alte Verwaltungsgrundsatz durch „Wer zahlt, schafft an". Die Anstalten müssen um allfällige Gebührenerhöhungen bei den Politikern betteln, bei den Instanzen, die nach dem Verfassungsverständnis öffentlicher Kontrolle unterliegen. Jede Gebührenerhöhung wird zu einer Prämie für Wohlverhalten und nach den bisherigen Erfahrungen immer um die paar Pfennige zu niedrig angesetzt, die garantieren, daß die Anstalten an der Angel ihrer Landesherren bleiben und das im Programm geübte Nachdenken nicht zu gefährlich wird. Vom Rundfunkteilnehmer wird in diesem Prozeß nur erwartet, daß er bezahlt.

Man hat diese Regelung schon vor einem Vierteljahrhundert als einen unzulässigen Eingriff der Politik in die Kultur bezeichnet. Er verhindert aber auch eine direktere Beziehung des selbstverwaltenden Rundfunks zu seinen Trägern, dem gebührenzahlenden Volk. Rundfunk für alle oder Rundfunk für die politisch maßgebenden, gebührenverordnenden Parteien? Hier wäre geholfen, wenn der Gebührentarif zwischen Sendern und Empfängern auszuhandeln wäre. Er würde den Rundfunk- und Fernseh-Produzenten klarmachen, daß die Empfänger ihre Arbeitgeber sind, und dem Zuhörer/Zuschauer verdeutlichen, daß die Selbstverwaltung des Rundfunks ihre Sache ist, nicht ein Nebengeschäft der politischen Willensbildung. Eine Revision des jetzigen Verfahrens — d. h. eine Revision der Rundfunkgesetze in diesem Punkt — würde die mediatisierenden politischen Einflüsse zurückdrängen. Ich behaupte nicht, daß dadurch nicht andere Probleme entstünden; aber es ist nicht sinnvoll, daß der Rundfunk einerseits von Vertretern der Teilnehmer kontrolliert werden soll — denn als solche sind die Aufsichtsgremien konstituiert —, daß ein staatlicher Vormund andererseits die zur Realisierung nötigen Mittel zuteilt, wohlgemerkt, ohne sie selber aufzubringen. Ist das zulässig?

Ein bevormundeter Rundfunk kann nicht für alle sprechen.

Bevormundete Selbstverwaltung

Die Gebührenordnung verweist auf eine äußere Ursache des heutigen Befundes. Sie ist nicht nur ein innerer Faktor. Die Gebührenregelung spiegelt die Mißachtung der Selbstverwaltung in der Bundesrepublik überhaupt wider. Selbstverwaltung ist weithin *bevormundete* Selbstverwaltung, die zwar öffentliche Aufgaben hat, der aber die Mittel hierzu verweigert werden: Autonomie ohne autonome Finanzen. Im Ergebnis überlasten sich die vorgeordneten Instanzen, immer neue Bringschulden entstehen, die das Ganze schließlich unregierbar machen. Der Staatsapparat, nicht die Verfassung ist veraltet. Die bei elektronischer Infrastruktur nicht nur mögliche, sondern gebotene Delegation von Macht und Verantwortung erfolgt nicht auf die im öffentlichen Recht hierfür vorgesehenen Anstalten, sondern auf unkontrollierbare, anonyme Referenten. Diese sind bürokratisch, nicht demokratisch verantwortlich; Geheimräte der Demokratie und amtliche Verhinderer der in der Verfassungstheorie gebotenen Transparenz. Dies führt dazu, daß der bürokratische Anteil an Entscheidungen der Selbstverwaltung immer größer und die Teilnahme der Bürger immer geringer wird. Die in Festreden regelmäßig gefeierte Mündigkeit der Bürger bleibt ein Unsinn, wo Mündigkeit nicht mitentscheiden kann. Halbwegs intelligente Leute beteiligen sich doch nicht, wenn sie wissen, daß „die da oben sowieso machen, was sie wollen". Das „tägliche Plebiszit" findet nicht statt.

Die allmähliche Verdrängung der Selbstverwaltung durch das Oligopol politisch-ökonomischer Interessengruppen wirkt um so bedrohlicher, als mit der fortschreitenden Elektrifizierung Arbeitszeit frei wird. Ob wir die Arbeit abschaffen wollen oder nicht, wir werden weniger Arbeit zur Reproduktion brauchen, das heißt, daß im Sektor der öffentlichen Kommunikation Überlegungen anzustellen sind, wo diese frei werdende Zeit menschenwürdig und sozial förderlich angelegt werden kann. Frei für was?

Rundfunkritual

Von den primären Kommunikationsverhältnissen aus betrachtet, also von der Mitteilung und Mobilität der Subjekte, erweist sich die gegenwärtige Praxis als unzulänglich. Jedes Wochenende und erst recht die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr an Feiertagen und Ferienterminen machen deutlich, daß die bisherigen kalendarischen Rituale nicht für alle gleich einzuhalten sind. Unsere religiösen Feiertage stammen aus einer Zeit, in der es die Trennung von Arbeit und Freizeit im heutigen Sinne nicht gab. Sie war in früheren Jahrhunderten eine Sache der Beamten und wurde dann durch die Industriearbeit allgemein. Feiertage waren zur religiösen Betätigung und keineswegs zum Autofahren da. Wenn nun alle gleichzeitig arbeiten und gleichzeitig Autofahren, kommt es zu Kollisionen, oft genug mit tödlichem Ausgang. Alle werden um ihre Freizeit geprellt, weil alle gleichzeitig dasselbe wollen. Das Freizeit-Ritual funktioniert nicht, es ist überlastet. Die Auflösung der Bedräng-

nis über unterschiedliche Terminierungen von Arbeits- und Freizeiten empfiehlt sich.

Der Rundfunk ist ebenso an das kalendarische Ritual gebunden. Er trägt durch seine Programme zur Ritualisierung bei. Auch hier kommt es zu Kollisionen, wenn alle gleichzeitig fernsehen wollen. Am deutlichsten wird das zu den Sendezeiten, die mit den neuen weltlichen Ritualen der Spiel- und Sportmeisterschaften zusammenfallen. Jedem, der nicht teilnehmen will, wird dabei der „moral terrorism" der Konvention spürbar. Für die anderen ist derselbe Anlaß ein Fest der Identifikation. Aber die Meisterschaftstermine sind nur ein Beispiel, wie sich integrierende Autorität über den Rundfunk durchsetzt. Programmacher sind die Ministranten vieler Riten, und wir beugen uns alle, wenn sie zur Unterhaltung, zum Krimi, zur Politik klingeln.

Die Lösung ist hier einfacher als im Stoßverkehr auf den Straßen, sobald neue Kanäle verfügbar sind. Es stoßen sich die Worte und Bilder, nicht Personen und Sachen. Schon drei Programme bieten Ausweichmöglichkeiten, wenn sie nicht gleichermaßen konventionell sind. Alternativen zu bieten, heißt in erster Linie, andere Termine zu bieten.

Hier stellt sich die Frage nach der Qualität der Programmverantwortlichen in aller Schärfe. Ich habe sie im Hinblick auf Vermittlung sozialer Rituale „Ministranten" genannt. Wenn sie sich darin erschöpften, wäre es schlimm. Dann wäre in der politischen Berichterstattung das Protokoll stärker als die Reportage, in der Unterhaltung gäbe es mehr Show als Witz und in der Musik mehr Banalität als Originalität, mit einem Wort, das überritualisierte Programm. Das wäre schon der Anfang vom Ende, denn Rituale nützen sich ab. Die Leute laufen ihnen davon, machen einfach nicht mehr mit, wenn sie den Mangel an Engagement bei den Kommunikatoren spüren.

Die Vermehrung der Programme allein tut es nicht. Die Mehrzahl ermöglicht auszuweichen. Das ist gut. Es gibt dann weniger Kollisionen. Aber das ist noch lange nicht „Rundfunk für alle". Wenn über alle Programme dieselbe Musik, dieselben Shows, die nämliche Protokollarpolitik geboten werden, ist das nicht Rundfunk für alle, sondern Rundfunk für die Urheber der Gleichförmigkeit, mit einem Wort, Indoktrination.

Indoktrination

Die beiden abstoßenden Beispiele von Indoktrination, die wir vor Augen haben, sind der Staatsrundfunk in den Ländern des „real existierenden Sozialismus" und der kommerzielle Rundfunk in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zwar geht die Gleichförmigkeit in einem Falle von der Staatsgewalt aus, die alles gefährliche Nachdenken ausschaltet, und im anderen Falle von den Profitinteressen wirtschaftlicher Konglomerate; aber in beiden Fällen unterliegt der Rundfunk keiner

Kontrolle seiner Teilnehmer. Er reproduziert aus der gesellschaftlichen Konvention dasjenige, was den jeweiligen Eignern nützlich erscheint.

Paul Lazarsfeld, der wahrscheinlich der beste Kenner des amerikanischen Rundfunks war, formulierte 1968, Rundfunksendungen und institutionelle Werbung dienten „anstelle von Einschüchterung und Zwang", gerade weil man in Amerika die Leute nicht physisch verfolgen kann, wenn sie bestimmten Interessen zuwiderhandeln. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich die amerikanische Basis gegen diese Art von „moralischem Terrorismus" wirkungsvoll gewehrt und in größerem Umfang neue Formen der Rundfunkorganisation durchzusetzen begonnen, die den englischen und deutschen Systemen ähneln; aber in der angelsächsischen Tradition der Redefreiheit auch wieder die Ängstlichkeit vermeiden, mit der im deutschen Rundfunk der Zugang gehütet wird.

Die in Serien und damit billig produzierten Gewaltdarstellungen des amerikanischen Fernsehens bleiben unverständlich, solange man nicht sieht, daß sie das Recht des Stärkeren symbolisieren, das ihre Auftraggeber für sich beanspruchen. Die amerikanischen Gewaltserien sind Mittel der Unterwerfung, und man muß sich doch wundern, mit welcher Naivität ARD und ZDF sie importieren. Natürlich haben sie hohe Einschaltquoten, weil es immer spannend ist, im sicheren Pantoffelkino sitzend andere zu Boden gehen zu sehen. Aber in der Wiederholung und über die Gewöhnung an die Wiederholung etabliert sich Brutalität als die Regel und der aufrechte Gang wird zu Ausnahme.

Wo der Rundfunk Gewaltdarstellungen zur Regel macht, nährt er die Vorstellung von der Allmacht und Allgegenwart der Gewalt. Er vermittelt die Gewißheit der Gewalt und stürzt alles andere in Zweifel, statt die Gewalt zweifelhaft zu machen. Ich sehe in dieser Hinsicht keinen allzu großen Unterschied, ob diese Gewalt durch die Allgegenwart des Colts oder „der Partei" symbolisiert wird. In beiden Fällen erscheint die unkontrollierbare Gewalt als das Normale: Gewalt geht vor Recht. Der Stärkere setzt sich immer durch. Nicht aufzufallen, sich klein zu machen, auszuweichen, ist eine Konsequenz, die zum Überleben verhelfen kann, selber gewalttätig vorgehen, eine andere. Das heißt, die mühsam durch Jahrtausende aufgebaute Vorstellung von der Gleichheit der Menschen zerbricht in der Spannung von Flucht und Aggression.

Wo sich die Vorstellung durchsetzt, daß alles durch Gewalt entschieden wird, hat es auch keinen rechten Sinn mehr, die lokalen und zeitlichen Bedingtheiten unserer sozialen Verhältnisse zu diskutieren. Wo diese Diskussion aber unterbleibt, verliert das Denken einen wichtigen Beweggrund. Denn die Diskussionen der örtlichen und momentanen Bedingtheiten des sozialen Wandels sind der Stoff, aus dem über Fragen und Zweifel der Fortschritt gemacht wird oder unterbleibt. Im unmittelbaren Umgang mit Menschen und Sachen überprüfen wir unsere Vorstellungen und werden genötigt zu korrigieren und zu fragen. Diese primäre Diskussion zu multiplizie-

ren, das wäre Rundfunk für alle - nicht aber die massenhafte *Verteilung* der immer gleichen Serien von Gewalt und Blabla.

Der Rundfunk sollte von der Darbietung sozialer Rituale zu den Beweggründen und Erfahrungen ihrer Teilnehmer vorstoßen und auch die mitteilen, die nicht teilnehmen, und sie fragen, warum sie die gesellschaftlich üblichen Betrachtungsweisen nicht teilen. Nur wenn auch der immer andere Teil gehört und gezeigt wird, erreichen wir die im Programmauftrag postulierte Wirklichkeitsnähe. Die Wahrheit, auf die der Journalist verpflichtet ist, sind die unterschiedlichen Arten des Fürwahrhaltens, nach denen sich die Leute richten, alle, aber in zahllosen Nuancen.

Elektronisierung

Ich habe die Qualitätsfrage deshalb gestellt, weil sie die Voraussetzung der Organisation ist, die durch neue Techniken aktualisiert wird. Die Elektrifizierung hat die Organisationsfrage erweitert. Das geschah einerseits durch das Angebot sehr teurer neuer elektronischer Medien, andererseits durch die bisher undenkbare Ausstattung des kleinen Mannes mit „Heimelektronik", Speichergeräten und elektronischen Mitteln der Selbstdarstellung. Wir alle stehen vor der Situation, daß wir mit Ton und Bildapparaturen selbst tätig werden können, während gleichzeitig die Erfaßbarkeit unserer Lebensdaten durch übergeordnete Organisationen Orwellsche Ausmaße angenommen hat.

Die Elektronisierung ist gleichzeitig eine Ursache für das Verschwinden kleiner Zeitungen, deren Besitzer die Investitionen nicht aufbringen können, und für das hohe Maß von Selbstbefriedigung, das die Freizeitelektronik gewährt. Beide Innovationskapitale, die der teuren Großorganisation und die der billigen Konsummedien, tendieren zur Privation: Die elektronische Großorganisation legt größere Verteilungspotenzen in weniger menschliche Hände, wie deutlich das Pressewesen zeigt, die Freizeitelektronik erlaubt ihren Benutzern, aus dem Rundfunkprogramm auszusteigen und selber zu programmieren.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk liegt zwischen diesen beiden Feldern. Er kann da nicht bleiben, wie er ist. Auch er muß Konsequenzen aus der neuen Technologie ziehen oder sie werden für ihn gezogen, wie sie schon in der Vergangenheit durch das Elektro-Establishment für ihn gezogen wurden.

Die Zweischneidigkeit des technischen Fortschritts

Die Konstellation, wie sie in der Auseinandersetzung um Verkabelung und Gemeinschaftsantennen sich gezeigt hat, erlaubt entweder den Ausbau des Systems oder seine Amputation. Für die Amputation sprechen die Interessen der Privatkapitale, die das Verteilungsnetz und die transportierten Inhalte bestimmen möchten. Ähnlich wie E-Werke Produktion, Transportnetz und Abnahmeanschluß in einer

Hand haben. Schon Sombart bemerkte 1903, das Elektrokapital beginne, sich wie das Bankkapital zu bewegen. Das hieße Privatisierung des Rundfunks durch Auslieferung der deutschen Postlizenzen an ein internationales Oligopol. Das wiederum müßte die Überschwemmung der neuen technischen Möglichkeiten mit Billigprodukten hauptsächlich der amerikanischen Medienindustrie zur Folge haben. Diese Lösung liegt um so näher, als den Weltraummächten durch ihren Besitz an Nachrichtensatelliten unvermeidlich kommunikationspolitische Hegemonie zuwächst.

Diese Feststellung gründet sich auf eine breite amerikanische Erfahrung, aus der die Amerikaner gerade eben abwehrende Konsequenzen ziehen. Jüngere Studien bestätigen sie im Hinblick auf die Teilprivatisierung in England wie über den Alternativ-Rundfunk in Italien: Das Billigprodukt bestimmt am Ende das Programm. Politisch links initiierte Hörfunksender werden zur Musikbox, und Fernsehstationen, mit künstlerischem Ehrgeiz gegründet, regredieren zum Serienimport und Hausfrauenstrip. Die Mächte der Unterhaltung setzen sich durch. Was als Rundfunk der kleinen Gruppe gedacht war, wird zur Agentur zahlungskräftiger ökonomischer und politischer Großorganisationen.

Die erwiesenen Vor- und Nachteile der Kommerzialisierung sind ein starkes Argument für die Beibehaltung des öffentlich-rechtlichen Systems auch im Kabelbereich und bei der Verteilung zusätzlicher Frequenzen. Aber es sind vermehrte Anstrengungen erforderlich, über die eingangs beschriebenen Mängel hinwegzukommen und dem System der Selbstverwaltung neue Impulse zuzuführen.

Das gilt für Technik, Administration und Programm gleichermaßen. Sowohl von der Verfügbarkeit von Frequenzen für kleine Senderäume wie von der Aufnahmetechnik her sind die Voraussetzungen schaffbar, die dem Rundfunk erlauben, seine Zwischenstellung zwischen den wirtschaftlichen und politischen Großmächten und *jedermann* auszubauen. Die Aufnahmetechnik ist mit Kleingeräten noch viel beweglicher zu machen als sie heute betrieben wird. Das gilt nicht zuletzt fürs Fernsehen, wo die Gerätegeneration der Dinosaurier bald ebenso der Vergangenheit angehören wird wie in der Photographie die Gerätschaft des Berufsphotographen von 1900. Verloren geht dabei die „Bitte-recht-freundlich-Haltung", die heute jedermann vor dieser Technik einnimmt. Der Status der Techniker ändert sich mit dem Zwang, den die Großapparatur jetzt auf sie ausübt. Die Befangenheit vor der Kamera, ein ärgerliches Handikap des Fernsehens, verringert sich, wie Berliner Video-Experimente gezeigt haben.

Mobile Technik und weit über das flache Land gestreute Stützpunkte für diese Technik, mehr Fahrzeuge und weniger Büros, raus aus den Glaspalästen der Funkzentralen und rein in die Unbestimmtheit der Stadtteile und Dörfer — das ist heute technisch machbar, *wenn* man es will. Der Rundfunkjournalismus ist nicht notwendig ein hockender Beruf, der nur mit Hausausweisen ausgeübt werden kann. Man kann ihn auch als permanente Entdeckungsreise im Bereich der lokalen und mo-

mentanen Bedingtheiten des gesellschaftlichen Zustandes betreiben. Die Technik macht es möglich für Musik, Wort und Bild.

Erfahrungen in USA, England und Holland zeigen, daß diese Bedürfnisse nach Rundfunköffentlichkeit bei einzelnen und Gruppen nicht von Dauer sind, sondern daß wechselnde Interessen wechselnde Öffentlichkeitsinteressen haben. Es kommt also nicht so sehr darauf an, einen Kanal permanent für die *Leute einer* Stadt oder *eines* Kreises offenzuhalten, sondern feste Termine in der Programmstruktur jedermann zugänglich zu halten. Voraussetzung dafür ist, daß die Redaktion nicht nur das Ohr am Boden hat, sondern auch die Füße.

Die hierzu erforderliche Beweglichkeit wäre denkbar, wenn die zentralen Abteilungen dislociert würden. Heute hocken sie aufeinander und reizen ein Thema, bis es ihnen selber zum Hals herauskommt. Schließlich muß dann doch eine im Grunde bürokratische Entscheidung von oben nach unten gefällt werden.

Die mobile Technik des „Rundfunks für alle" wäre auf eine weite Föderation von Redaktionen angewiesen, die in der Bringschuld stehen, die Fragen der Basis zum Ausdruck zu bringen. Basisfragen sind solche, die sich die Leute selber stellen, nicht diejenigen, welche die Demoskopie ihnen stellt. Solche Arbeit wird immer mit den Autoritäten in Konflikt kommen, denn es ist undenkbar, daß maßgebende Kleingruppen an den Schalthebeln *nicht* der Meinung wären, daß Meinungen, die von ihren abweichen, *nicht* unterdrückt werden sollten. Ein Teil der Gremienkonflikte läßt sich wohl schon heute unter dieser Rubrik summieren.

Schluß

Angenommen, die Technik klammerte sich nicht an ihre Dinosaurier und befreundete sich mit den Möglichkeiten der „Wiesel", angenommen, die Programmitarbeiter nähmen die Sollvorschriften des Programmauftrags ernst und engagierten sich für die Aufklärung der lokalen und momentanen Bedingtheiten unserer sozialen Wirklichkeit, *was wäre organisatorisch zu tun?* Wir haben Ansätze zum Ausbau des öffentlich-rechtlichen Systems in den Dritten Programmen und in den Regionalstudios. Hier wäre fortzufahren: Die Regionen sind stärker zu berücksichtigen und nach Maßgabe der Frequenzen zu verselbständigen, vor allem personell stärker zu besetzen, so daß sie nicht bloße Dependancen der Zentrale bleiben. Die Frage stellt sich in Westfalen ebenso wie in Franken und Niedersachsen; aber um sie gerecht zu lösen, müssen sich die Bedürfnisse der Basis, nicht nur die der regional vorherrschenden politischen Parteien, artikulieren können. Das einzige Bundesland, in dem der Rundfunk dicht genug an der Basis operiert, ist Bremen: das kommt daher, daß die kleinen Verhältnisse Distanz nicht erlauben.

Die Dritten Programme des Fernsehens scheinen, soweit ich das beobachten kann, zum Regionalen und Lokalen hin noch sehr ausbaufähig. Der Föderalismus,

dem sie ihre Existenz verdanken, ist für sie eine Abgrenzung zum Nationalprogramm, er endet an den Landesgrenzen, verfährt aber im Inneren zentralistisch. Das muß, wenn der Rundfunk sich nicht darauf besinnt, den Ruf nach lokalen und regionalen Sendern mit anderen Trägern verstärken. Es war ein Coburger in München, der Intendant Wallenreither vom Bayerischen Rundfunk, der vor einem Jahrzehnt diese Entwicklung angedeutet hat. Man sollte auch auf der Linken nicht ignorieren, daß zur Selbstverwaltung die Föderation als leitendes Prinzip gehört.

Das gilt auch für die überfällige Gremienreform. Ich bin von den Mängeln des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgegangen. Es sind Organisationsmängel, die sich auf die Qualität der Programme auswirken. Es ist aber auch denkbar, daß neue Qualität von Programm und Technik zu Verbesserungen der Organisation zwingt. Dann nämlich, wenn das Programm zur Sprache bringt, was im Volk umgeht und nicht nur, was seine Repräsentanten verlautbaren. Heute orientiert der öffentlich-rechtliche Rundfunk sein Programm an Einschaltquoten, macht ein Programm für den repräsentativen Querschnitt; so setzt er sich Schranken und verfehlt die Wirklichkeit.

Es sind die äußeren Beengungen der Repräsentation, nicht der Druck der Teilnehmer, die der Rundfunkfreiheit gefährlich werden. Sich dieser selbstgeknoteten Fesseln zu entledigen, ist hohe Zeit. Der alte Rundfunk war ein Mittel der Repräsentation, der neue ist als Dienstleistung für alle zu orientieren. Dieser Umorientierung des Programms wird die Organisation folgen müssen. Ihre Beharrlichkeit wird sich dem Engagement nicht entziehen können, das den Programmauftrag durchsetzt. Der Druck von außen, der heute die Rundfunkarbeit belastet, entstammt den Machtkämpfen kleiner Gruppen. Der Zusammenarbeit von Kommunikatoren und Rezipienten ist er nicht gewachsen.